

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Mittelrückfluss und Umwidmung in Verwaltungskosten bei Jobcentern stoppen

Die Jobcenter Bremen und Bremerhaven planen in diesem Jahr wieder, Millionen Euro, die sie für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für Erwerbslose erhalten haben, ungenutzt an die Bundesagentur für Arbeit zurückzugeben. Wie der Deputation Wirtschaft, Arbeit, Häfen mitgeteilt wurde, gehen die beiden Jobcenter davon aus, dass 2014 im Land Bremen etwa 4,5 Millionen Euro aus dem Budget für Eingliederungsmittel verfallen werden. Das entspricht fast der gesamten Erhöhung der Fördermittel 2014 gegenüber 2013, die von der Bundesregierung beschlossen wurde. Für Erwerbslose bedeutet das, dass sie Bildungsgutscheine, Ausbildungsförderungen, Abschlussqualifizierungen und Beschäftigungsmaßnahmen nicht erhalten, für die eigentlich Geld da wäre. Für das Land Bremen bedeutet es, dass 4 Millionen Euro an Landesmitteln für die Arbeitsmarktpolitik, die 2014 erstmals veranschlagt werden, eine gleich große Rückgabe an Arbeitsmarktmitteln von den Jobcentern an den Bund gegenübersteht. Was das Land zusätzlich einbringt, gibt das Jobcenter an den Bund zurück. Auch haushaltspolitisch ist dies ein Zustand, der unhaltbar ist.

Gleichzeitig setzen die Jobcenter ihre Politik fort, Eingliederungsmittel für Erwerbslose umzuwidmen in Verwaltungskosten. Statt Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbslose bezahlen die Jobcenter lieber mehr Jobcenter-Personal. Für die Arbeitslosen bedeutet das: Es gibt weniger Angebote, aber mehr Personal, das mehr Zeit für Sanktionen hat.

Dieser Entwicklung muss sich der Senat auf das Entschiedenste entgegenstellen. Immerhin sind die Kommunen Bremen und Bremerhaven jeweils zu 50 Prozent Träger ihrer Jobcenter. Völlig in die falsche Richtung geht es, wenn nach dem ebenfalls unbefriedigenden Verlauf der „Joboffensive“ die Politik fortgesetzt wird, den Jobcentern weiter zusätzliche kommunale Mittel für Personalaufstockung zu überweisen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die drohende Rückgabe von ungenutzten Eingliederungsmitteln der Jobcenter in Höhe von 4,5 Millionen Euro zu verhindern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gegen die Umwidmung von Eingliederungsmitteln in Personalmittel der Jobcenter einzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, keine weiteren zusätzlichen kommunalen Mitteln für Personalverstärkung der Jobcenter zur Verfügung zu stellen.

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.